Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Exp.-Bureau Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: R. Huß, 630 North 3rd Street
J. Ball, 1139 Charlotte Str.
Hoboken N.J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Bauermann, 74 Clybourn-ave.
San Francisco: F. Eng, 419 O'Farrell Str.
London W.: C. Hange, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 52. Freitag, 4. Mai. 1877.

Ein Mahnwort an die Mittelklassen.

m Wie weit noch immer die Verblendung und Unkenntniß unserer wirthschaftlichen Zustände in den meisten kleinbürgerlichen Kreisen geht, ersehen wir daraus, daß ein großer Theil derselben, von der liberalen Presse geleitet, blindlings den sozialistischen Bestrebungen entgegentritt, statt wie es das eigenste Interesse erheischen würde, sich dem Sozialismus anzuschließen. Ganz vorzüglich diese Kreise sind es ja, die ein eminentes Interesse an der Umgestaltung der heutigen, durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen jämmerlichen Zustände haben sollten.

Dieser seltsame Umstand findet seine Erklärung darin, daß die Grundbedingungen des Sozialismus in den mittleren bürgerlichen Volksschichten völlig unbekannt sind; — bei aller sonstigen etwaigen Intelligenz im Allgemeinen, stehen sie den volkswirthschaftlichen Fragen fremd und unwissend gegenüber.

Der Handwerker, der Staats- und Privatbeamte, der Lehrer, der selbständige Kaufmann und Fabrikant, soweit sie nicht zu den tonangebenden höheren Gesellschaftsklassen gehören, meinen, indem sie sich zu dem sogenannten guten bürgerlichen Mittelstand rechnen, daß sie „Etwas zu verlieren haben" und streng geschieden sind von denjenigen, die „ihre Sache auf Nichts gestellt", daß sie bei einer wirthschaftlichen Neugestaltung, wer weiß was einbüßen und in ihren Verhältnissen direkt geschädigt werden zu Gunsten einer rohen, besitzlosen, handarbeitenden Masse.

Diese grundfalsche Anschauung sucht die Presse nach Möglichkeit zu verbreiten und in den Mittelklassen zu befestigen; so gilt es als eine ausgemachte Sache, daß die Sozialdemokraten nur aus einer Rotte von Menschen besteht, die nichts anderes bezweckt, als die Leidenschaften in den unteren Volksschichten aufzustacheln, beim sog. gemeinen Mann Unzufriedenheit zu erregen, um dann einen Zustand herbeizuführen, wo „Allens verunjenirt" werden solle, mittelst des beliebten Petroleums alle Bande der Gesellschaft, der Natur, der Gesittung gesprengt, ein wüstes Chaos geschaffen, wo die entfesselte Volksfurie Gelegenheit haben soll, die Welt auf den Kopf zu stellen.

Solche Vorstellungen, von den Mittelklassen ohne jede weitere Prüfung acceptirt — sind natürlich nur geeignet, von den Lehren der Sozialdemokratie abzuschrecken und ganz besonders ist es die Angst vor einer Berührung, einem Zusammengehen mit den untersten Volksschichten, dem sog. Pöbel, in dessen speziellem und ausschließlichem Interesse die Sozialdemokratie geschaffen zu sein — man dem Publikum glauben zu machen sucht. —

Und doch ist es gerade die besser gestellte, bürgerliche Mittelklasse, deren geistige und materielle Interessen bei den heutigen gesellschaftlichen Zuständen nur einen sehr fraglichen und vorübergehenden Schutz finden, so fraglich und vorübergehend, daß der leiseste Windhauch, die erste beste Börsenlaune, eine mißrathene politische oder wirthschaftliche Spekulation der Machthaber, Alles hinwegzublasen vermag. — In einem einzigen Augenblick kann die ganze Summe von geistigen und materiellen Gütern, die Arbeit und der emsige Fleiß von Jahrzehnten, in Frage gestellt werden.

Im Handumdrehen verwandeln sich diese Kreise, kaum daß eine politische oder wirthschaftliche Krise eingetreten — und diese Krisen wiederholen sich jetzt immer mehr in kürzeren Pausen — in reine Proletarier, und ehe sie sich's versehen, befinden sie sich auf dem Standpunkte, wo das „Etwas zu verlieren haben" aufhört und wo sie ebensogut wie die handarbeitende Klasse „Ihre Sache auf Nichts gestellt" haben. —

Alle Bildung und Gesittung, alle Intelligenz kann gegen die durch erschütternde Krisen hervorgerufene Zerrüttung des materiellen Wohlstandes die guten, bürgerlichen Gesellschaftskreise vor dem materiellen und moralischen Untergang wenig, häufig sogar gar nicht schützen. Ein so herbeigeführter Schicksalswechsel wird gerade von diesen Gesellschaftskreisen um so schmerzlicher empfunden werden.

Ein großer Theil der besser situirten Klassen, wird das nie so hart empfunden haben, als jetzt, wo die Stagnation im Handel und Verkehr durch Jahre lange Dauer, die in besseren Tagen angesammelten Vorräthe, allmälig aufzehrt und zahlreiche tüchtige Leute vor die Frage stellt: Was nun? —

Ausgestattet mit reichlichen Kräften, geistig und körperlich zu arbeiten, sich und Anderen nützlich zu machen, sehen wir heute die Arbeitskraft einer großen Schaar fähiger Leute völlig brach liegen; es stehen zahlreiche Familien, die sonst nicht gewohnt waren, ernste Befürchtungen der Zerrüttung ihres materiellen Wohlbefindens zu hegen, vor einem höchst ungewissen Schicksal, vor einer äußerst zweifelhaften Zukunft.

Alles Suchen nach einer Thätigkeit, die bescheidensten Anforderungen, die sie stellen mögen, um nur Arbeit und Verdienst zu erlangen, scheitern an den schlechten Zeitverhältnissen, und so sehen wir so manchen Antisozialisten, recht verstimmt, vielleicht gar erbittert und verzweifelt nachdenken über „die Launen des Schicksals", „die unerforschlichen Rathschlüsse des Himmels".

Nun drängt sich ihm die volkswirthschaftliche Frage auf, an die er bisher nie ernstlich gedacht, nie Ursache zu denken hatte: Habe ich denn, nachdem ich und meine Familie alle Bedingungen zum Leben in uns fühlen, habe ich, haben wir denn gar kein Anrecht auf dieses bischen Leben, haben wir denn gar nicht und an Niemanden den Anspruch auf Arbeit und Verdienst?

Nein, wird ihm darauf die Manchesterschule zur Antwort geben, absolut nicht, du bist ganz und gar überflüssig geworden, nachdem du mit deinen Ersparnissen zu Ende bist, nachdem du nicht mehr in der Lage dich befindest, der Zeit der schweren Noth zu trotzen, nachdem du mit all deinen Arbeitsfähigkeiten, bei dem Uebermaß von Angebot bei äußerst geringer Nachfrage keine Aussicht hast, daß wir auf deine Kräfte reflektiren — so bist du uns nur lästig, überflüssig und im Wege!

Die Manchesterschule kennt keine Ansprüche auf Arbeit und Verdienst; — die Manchesterschule kennt nur die Lehre vom „Entbehrungslohn", ein Lohn, eine Prämie, eine Taxe, die du, wie jeder andere Arbeiter, und das sind wir doch mehr oder weniger Alle, abzugeben hast an den Großunternehmer, der über deine größeren oder geringeren Bedürfnisse hinausgehende Verdienst, die Taxe die du und mit dir wir Alle „entbehren" müssen, um den Großunternehmer, im weitesten Sinne genommen, die obersten Zehntausend der Nation, als Entbehrungslohn in den Schooß zu werfen haben, auf daß diese wenigen Machthaber in ihrer Macht und Pracht immer mehr erstarken, auf daß sie uns mit der ihr zuträglichen Presse und Schule uns leiten und geistig und physisch beherrschen können.

Bist du aber nicht mehr in der Lage, für deine eigenen unumgänglichen Bedürfnisse zu sorgen, dich zu mühen und zu plagen, dann ist kein „Entbehrungslohn" von dir mehr zu erwarten, dann hast du hier aber auch nichts mehr zu suchen, du bist total überflüssig geworden und wenn mitleidige Gönner und Freunde sich deiner nicht annehmen wollen, dann — Armenhaus für dich — Armenschule für deine Kinder! — — —

Erst praktisch wollen die intelligenten mittleren Gesellschaftsklassen diese Lehren kennen lernen und durch die Praxis beginnen sie die Consequenzen der Manchestertheorien an sich selbst zu fühlen. — — Der ganze Vorgang ist in den wenigen Strophen von H. Heine treffend gezeichnet:

Hat man viel, so wird man bald noch viel mehr dazu bekommen,
Wer nur Wenig hat, dem wird auch das Wenige genommen,
Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben —
Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Das Viel verwandelt sich bei einigem Mißgeschick sehr bald in Wenig, und einiger Zufälle bedarf es nur, um in ein Nichts zu zerschmelzen. Was dann bleibt, das bischen Wissen und Können hat nur noch „Marktwerth", von Angebot und Nachfrage geregelt, und so kömmt es, daß es zuweilen auch total werthlos wird. So lange dieses „eherne Gesetz" nur von den handarbeitenden Klassen gekannt und empfunden wurde, haben sich die anderen mittleren Klassen wenig darum bekümmert, es waren für sie Theorien, welche sie näher zu kennen, keine besondere Veranlassung hatten; man kann doch nicht bei seinen sonstigen Beschäftigungen sich auch noch mit besonderen theoretischen Studien befassen, aus Zeitvertreib Volkswirthschaftslehre treiben, es genügte, sich auf diesem Gebiete oberflächlich zu orientiren und gaben die Tages- und Wochenblätter hier und da genügende Andeutungen um auch über die sog. soziale Frage unterrichtet zu sein, jetzt aber, wo das praktische Leben tief in die eigensten Verhältnisse eingreift, lassen sich erst diese verschiedenen Fragen genauer übersehen — läßt sich ihr Werth erst richtig beurtheilen. —

Angebot und Nachfrage, Arbeitsmarkt, Recht auf Arbeit, Entbehrungslohn bisher nur als technische Ausdrücke, als Schlagworte bekannt, nehmen Leben und Gestalt an und das Interesse für volkswirthschaftliche Lehren, das Interesse an der sozialen Frage ist ein reges geworden und wird gerade bei den mittleren Klassen, die heute Gelegenheit haben näher darauf einzugehen, einen wesentlichen Umschwung in ihren Anschauungen bringen, wogegen die liberale Presse vergebens ankämpft, wogegen auch das Gewäsch des „verwrangelnden" Schulze, des eitlen Märchen und des „keuschen" Josefs der „Berliner Volkszeitung" im Interesse des „Entbehrungslohns" nichts mehr helfen wird.

Zum Haftpflichtgesetz.

Wir erhalten von einem Versicherungsbeamten folgende Zuschrift:

„Zur Beleuchtung der Mängel des Haftpflichtgesetzes ist es vielleicht dienlich, Ihnen einige Erfahrungen mitzutheilen, die ich als Versicherungsbeamter seit einigen Jahren gemacht habe. Das Haftpflichtgesetz in seiner jetzigen Gestalt ist für den Arbeiter ohne jeden Nutzen, weil einmal dasselbe den Arbeitgeber nur dann für einen Unfall haftpflichtig macht, wenn der Unfall von der Betriebsleitung verschuldet wird und weil zweitens der Arbeiter diese Verschuldung nachweisen muß. In dem mir für das Unfallgeschäft einer Versicherungsgesellschaft untergeordneten Bezirke sind seit 3 Jahren im Ganzen 600 Unfälle, theils schwerere, theils leichterer Natur, vorgekommen, auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 ist aber noch keine einzige Entschädigung geleistet worden, wurde sie geleistet, so geschah es aus der Versicherung gegen alle Unfälle, welche der Unternehmer für seine Arbeiter noch genommen hatte. Die großen Arbeitsherren haben durchgehends sich gegen die Folgen des Haftpflichtgesetzes versichert, sie haben bei einem Unfalle deshalb Regreß an die Gesellschaften, und gerade diese Versicherung ist es, welche dem Arbeiter nachtheilig wird. Die Gesellschaft zahlt selten freiwillig, sondern verlangt, daß von dem Arbeiter die Haftpflicht des Unfalles durch ein rechtskräftiges Urtheil nachgewiesen wird, er muß deshalb sein Recht im Prozeßwege geltend machen. Bei unserem Prozeßverfahren ist das sehr übel. Ich habe einen Unfall bearbeitet, der durch den Zusammensturz eines Gerüstes verursacht wurde. Die Gesellschaft bestritt, daß eine Haftpflicht vorliege, der Arbeiter klagte und nach 2 Jahren ist der Prozeß glücklich soweit gediehen, daß jetzt das Beweisverfahren angetreten wird. — Es ist nicht zu leugnen, daß es Arbeitgeber gibt, welche die Unzulänglichkeit des Haftpflichtgesetzes einsehen und deshalb ihre Arbeiter gegen alle Unfälle versichern, abgesehen aber davon, daß diese nicht weitgehend genug ist und nur eine geringe Entschädigung im Falle eines Unfalles erwarten läßt, dient dieselbe theilweise auch als Fessel. Mir sind zwei Fälle vorgekommen, wo die Arbeitgeber sehr schlecht gehandelt haben. — Einmal handelte es sich um eine Entschädigung von 2000 Mk., welche die Gesellschaft aus der Versicherung gegen alle Unfälle leisten mußte und an den Arbeitgeber zahlte und dann um eine Entschädigung von 700 Mark, welche aus einer gleichen Versicherung gewährt wurde. Der Erste behielt das Geld in seinen Händen und wollte „nach Bedürfniß" den Arbeiter unterstützen, der Zweite wollte es bei einer Sparkasse deponiren und sollte es nur mit Genehmigung des Arbeitgebers erhoben werden können. In seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt, auf die Entschädigung angewiesen, ist in einem solchen Falle der Arbeiter vollständig der Willkür des Arbeitgebers preisgegeben. Das Haftpflichtgesetz muß unbedingt dahin erweitert werden, daß der Arbeitgeber für den Unfall eintreten muß, sobald er nicht nachweist, daß der Unfall von dem Arbeiter selbst verschuldet worden ist. Der angestrichene Artikel in der beiliegenden Zeitung mag Ihnen zeigen, welche Blüthen das Haftpflichtgesetz bis jetzt getrieben hat."

Der Artikel der „Deutschen Versicherungszeitung" lautet:

„Ein Fabrikinspektor über die Unfallversicherung. Dem Jahres-Berichte des Fabriken-Inspektors der Provinz Pommern für 1876 entnehmen wir nachfolgenden interessanten Passus:

„Das in Folge des Haftpflichtgesetzes entstandene Unfallversicherungswesen ist in wiederholten, zu meiner Kenntniß gelangten Fällen in der allersträflichsten Weise gemißbraucht worden. ‚Nicht allein, daß die bei haftpflichtigen Fällen an den Versicherer gezahlte Entschädigungssumme nicht vollständig an die Hinterbliebenen zur Zahlung gelangte, ist eine solche in anderen Fällen gar nicht einmal erfolgt, sondern ist die ganze gezahlte Entschädigungssumme in den Besitz des Versicherers übergegangen. Die in den Versicherungsverträgen aufgenommene Verpflichtung für den Versicherer, ausgezahlte Gelder einzig und allein im Interesse der Hinterbliebenen resp. der Rente-Berechtigten zu verwenden, hat sich zu Gunsten Letzterer als nicht ausreichend herausgestellt.

Die Verwendung gezahlter Gelder in Folge eines Unglücksfalles, wenn selbiger nicht in den Grenzen der gesetzlichen Haftpflicht liegt, entzieht sich jeder Controle, da die Gesellschaft die Versicherungssumme direkt an den Versicherer auszahlt; allerdings mit der Bedingung, daß selbige nur zu Gunsten der Berechtigten verwandt werden darf. Dieser Verpflichtung ist in mehreren Fällen nicht nachgekommen worden und droht somit diese Institution, die durchaus eine Bereicherung gewissenloser Arbeitgeber auf Kosten unbrauchbar gewordener Arbeiter, Wittwen oder Waisen nicht bezweckte, von ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Bahn sich weit zu entfernen.

Auf Grund dieses mir in mehreren Fällen bekannt gewordenen Mißbrauches stelle ich ganz gehorsamst den folgenden Antrag: „Die Statuten der im Königreich Preußen zugelassenen Unfalls- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesellschaften sind einer Revision zu unterwerfen und sind Modifikationen zu treffen, die einen Versicherer nach stattgehabten Unglücksfällen, mögen dieselben innerhalb oder außerhalb der gesetzlichen Haftpflicht liegen, unter gerichtlicher Controle veranlassen, die von einer Versicherungs-Gesellschaft gezahlte Entschädigungssumme einzig und allein — bei Todesfällen: zu Gunsten der direkten Erben oder im Falle von Invaliditäts-Renten oder sonstig gezahlten Beträgen nur an die Renteberechtigten resp. nur zu Gunsten der Beschädigten verwenden zu dürfen.

Dergleichen öffentlich bekannt gewordene Fälle tragen leider, aber naturgemäß viel dazu bei, das durchaus nicht gute Einvernehmen, welches zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern besteht, immermehr zu verschlechtern. Die Führer der Arbeiterpartei haben in Wort und Schrift gegen diese Handlungsweise protestirt und dieselbe möglichst in ihrem Interesse ausgebeutet. Dergleichen Vorkommnisse dürften wohl sehr viel dazu beitragen, das Vertrauen vollständig zu untergraben. Wenn ich der Ansicht bin, daß bei derartigen Vorfällen nicht immer eine eigennützige Absicht zu Grunde gelegen hat, so dürfen doch die hier bekannten Vorfälle hinreichend genügen, eine Reformirung als dringend nothwendig erscheinen zu lassen. Gern gebe ich zu, daß auch Unkenntniß betreffs der gegenüber der Versicherungs-Gesellschaft eingegangenen Verpflichtung, eine falsche Auffassung der Rechtsverhältnisse oder wohl auch die Erfahrung, daß dergleichen gezahlte Summen schlechte Verwendung gefunden, die Motive zu dieser Handlungsweise gewesen sein mögen."

Unsere Abgeordneten werden bei Gelegenheit eines Verbesserungsantrages, der in nächster Session eingebracht wird, obige Andeutungen verwerthen können.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Pflege der Intelligenz im Intelligenzstaat. In der letzten Generalversammlung des brandenburgischen Provinzial-Lehrervereins gab Lehrer Hohenstein interessante statistische Notizen über den Stand der Volksschule in der Provinz Brandenburg. Die Statistik umfaßt 836 Orte mit 1604 Stellen. Von diesen 1604 Stellen sind unbesetzt 114, ungenügend besetzt 418. 148 Stellen haben je 80 bis 100 Schüler, 95 je 100 bis 120, 83 je 120 bis 150, 33 je 150 bis 180, 16 je 180 bis 200, und 14 Stellen über 200 Schüler! Am ungünstigsten stellt sich das Verhältniß für die Ortschaften mit ein-, zwei- und dreiklassigen Schulen. Nachrichten sind aus 787 solchen Ortschaften mit 894 fundirten Stellen vorhanden; von diesen sind unbesetzt 70 und ungenügend besetzt 342, so daß bei einer Maximalzahl

von 80 Schülern noch 368 Klassen neu errichtet werden müßten. Dazu kommen noch die recht ungünstigen Erhebungen aus dem Soldiner, Angermünder und Landsberger Kreise. Im Soldiner Kreise fehlen 42 Lehrer, im Angermünder Kreise 52 und im Landsberger Kreise 90 Lehrer. In der ganzen Provinz Brandenburg fehlen etwa 1600 Lehrer. Aus diesem Bouquet mögen noch folgende Blumen ihren Platz finden: In Reinickendorf kommen auf einen Lehrer 195 Schüler, in Alt-Carbe (Kreis Friedeberg) hat ein Lehrer 232 Schüler zu unterrichten, in Neu-Mecklenburg 242, in Hammer bei Zielenzig 250, in Stehfelde (Soldiner Kreis) sogar 300. In Schwachenwalde (Kreis Arnswald) unterrichtet ein Präparand 200 Kinder, in Schwarzensee bei Strasburg ist seit drei Jahren gar kein Lehrer, und in dem nahen Dorfe Siede verwaltet ein 14jähriger Knabe, der seine Instruktionen von einem 17jährigen Präparanden aus der Nachborschaft erhält, die Schulstelle (39 Schüler) gegen freie Station und 15 Mark monatlichen Gehalt! Herr Hohenstein meinte zum Schluß — und wer wird ihm nicht beipflichten müssen? — daß bei solchen Zuständen die Schule nicht den Anforderungen der Zeit genügen könne; jede Ersparniß auf dem Gebiete der Erziehung verursache dreimal mehr Ausgaben für die Zuchthäuser; wer Angesichts solcher Thatsachen behaupte, die Aufbesserung der Lehrergehalte habe ihren Abschluß gefunden und es sei Alles befriedigend geordnet worden, werde zum Verräther des Vaterlandes.

Nachstehende, vom statistischen Amte des Reichs herausgegebene Uebersicht über die im deutschen Reiche bei dem Landheer und bei der Marine in dem Ersatzjahr 1875—76 eingestellten Mannschaften mit Bezug auf ihre Schulbildung wirft ebenfalls ein düsteres Licht auf die preußischen Schulzustände.

	Zahl der eingestellten Ersatzmannschaften.	mit Schulbildung.	ohne Schulbildung.	ohne Schulbildung. Prozent.
Gardekorps	9595	9466	129	1,84
1. Armeekorps	7200	6490	710	9,86
2. „	7227	6739	488	6,75
3. „	7196	7088	108	1,50
4. „	7683	7572	111	1,44
5. „	7280	7689	491	6,74
6. „	7191	6819	372	5,17
7. „	7189	7062	127	1,77
8. „	7273	7209	64	0,88
9. „	7492	7408	84	1,12
10. „	7020	6945	75	1,07
11. „	6907	6858	49	0,71
Hess. (25.) Division	3109	3094	15	0,48
12. (sächs.) Armeekorps	8425	8400	25	0,30
13. (württemb.) „	5684	5684	0	0,00
14. Armeekorps	6724	6669	55	0,82
15. „	7172	7090	81	1,14
1. bayer. Armeekorps	8782	8622	160	1,82
2. „ „	8622	8465	157	1,82
Inspektion d. Inf.-Schule	56	56	0	0,00
Marine	2028	2019	9	0,44
Summa	139855	136544	3311	2,37

Wir bemerken, daß die betreffenden Armeekorps in folgenden preußischen Provinzen und deutschen Bundesstaaten sich befinden: Garde: Berlin-Potsdam. 1. Ost- und Westpreußen. 2. Pommern. 3. Brandenburg. 4. Provinz Sachsen. 5. Posen. 6. Schlesien. 7. Westfalen. 8. Rheinprovinz. 9. Schleswig-Holstein. 10. Hannover. 11. Hessen-Nassau. 12. Königreich Sachsen. 13. Württemberg. 14. Baden.

Aus obigen Zahlen ergiebt sich also, daß in Preußen das Schulwesen und die Volksbildung tiefer stehen, als in jedem übrigen Staate Deutschlands, und daß diejenigen Provinzen, welche noch nicht lange der Segnungen preußischer Cultur sich erfreuen — Rheinpreußen eingeschlossen — in Bezug auf Volksbildung günstigere Resultate ergeben, als die altpreußischen Provinzen. Die Moral dieser beredten Ziffern kann durch keinen mordspatriotischen Sophismus umgeworfen werden, und sie lautet: Der Militärstaat schlägt den Intelligenzstaat todt, wie er den Industriestaat todtschlägt. Man kann nicht zween Herren dienen (oder gar dreien), heißt's schon in der Bibel.

— Aus welchen Elementen besteht die Sozialdemokratie? Wenn Ihr's wissen wollt, so leset folgende Notiz, die wir in mehreren liberalen Zeitungen vorfinden: „Nur Handwerker, die nichts gelernt haben und nur Flickarbeit liefern, Betrüger, Bauernfänger, Taschendiebe, Commissionäre in Offizierswechseln, ruinirte Gutsbesitzer und Lieutenants, kurz Leute, die nicht arbeiten und gut leben wollen, stellenlose Handlungsgehilfen und Fabrikarbeiter bilden die Hauptelemente der sozialistischen Bewegung." — Und nun, Ihr braven Arbeiter und Handwerker, ekelt es Euch nicht vor den hunderttausend Bauernfängern, den hunderttausend ruinirten Gutsbesitzern und Lieutenants, den dito Flickarbeitern, den dito Taschendieben und Betrügern, aus denen sich die Sozialdemokratie zusammensetzt? Aber merkwürdig, alles Schlechte gedeiht, deshalb auch diese „Umsturzgesellschaft".

— Im sechsten Berliner Wahlkreis wird von Seiten unserer Parteigenossen die Agitation auf das Lebhafteste betrieben. Die in Berlin anwesenden sozialistischen Reichstagsabgeordneten halten fast täglich dort Versammlungen ab; auch war der Candidat unserer Partei, Hasenclever, vergangenen Sonntag in Berlin und sprach vor einer zahlreichen, begeisterten Versammlung im großen Saale des Schulze-Duncker'schen Handwerkervereins. Der Magistrat hat Ordre gegeben, daß die Wählerlisten unserer Partei in Abschrift gegen übliche Vergütung ausgehändigt werden, weil bei der vorigen Wahl den anderen Parteien dieselben gleichfalls gewährt wurden. Die Situation ist sehr günstig.

— Auch im fünften Berliner Reichstagswahlkreis steht eine Neuwahl bevor, da „Ehren-Duncker" sein Mandat niedergelegt hat. Die „Volkszeitung" schreibt in Bezug darauf: „Der Abgeordnete Franz Duncker hat heute seine beiden Mandate, dasjenige für den deutschen Reichstag sowohl, wie dasjenige für das preußische Abgeordnetenhaus niedergelegt. Veranlaßt zu diesem Schritte haben denselben lediglich schwere geschäftliche Sorgen, welche bereits in den letzten Jahren seine Thätigkeit als Volksvertreter beeinträchtigten und es ihm gegenwärtig angemessen erscheinen lassen, seine Mandate in die Hände seiner Wähler zurückzugeben." — Also lediglich schwere geschäftliche Sorgen haben Herrn Duncker veranlaßt, sein Mandat niederzulegen. Wer's glaubt! Wir nicht. Die saubere Affaire in Bezug auf die Heiligkeit der Ehe haben wir ja schon in voriger Nummer berührt; das ist allerdings ein genügender moralischer Grund zur Niederlegung des Reichstagsmandats; doch was kümmert die Fortschrittsherren selbst die Moral, welche sie gleißnerisch dem Volke predigen. Es mußte also noch ein anderer dringender Grund vorhanden sein, und der ist jetzt auch bekannt geworden. Die „Volkszeitung" trägt seit einigen Tagen nicht mehr den Namen des Herrn Duncker als Verleger, sondern den Namen des Herrn Stille; das „Leipziger Tageblatt" aber schreibt Folgendes: „Leipzig, 30. April. An der heutigen Börse wurde die Nachricht verbreitet, daß die Verlagshandlung Franz Duncker in Berlin ihre Zahlungen eingestellt habe. Erkundigungen, die wir heute eingezogen haben, bestätigen diese Nachricht." — So — da hätten wir den eigentlichen Grund. Herr Duncker brauchte das Mandat gar nicht niederzulegen, er hätte es, wenn der Concurs ausgesprochen wurde, so wie so schon verloren. Seine Selbsterkenntniß ist also sehr spät gekommen. Wir würden wahrlich nicht diese Angelegenheit so genau erörtern, wenn nicht gerade Herr Duncker es gewesen wäre, der in Altona und Chemnitz in schmählichster Weise auf die Sozialdemokratie geschimpft hat.

— Die Fortschrittspartei des Reichstags beschloß am 30. April, die Eisenbahnfreikarten zur Agitation zu benutzen. Schade, daß der brave Duncker nicht mehr dabei ist; gerade er würde sich besonders dazu eignen, die eheschänderische Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es war nämlich ein Delegirtentag der deutschen Fortschrittler für diesen Sommer in Aussicht gestellt; man beschloß aber aus Opportunitätsgründen, denselben bis zur Zeit der nächsten Reichstagssession (da gelten dann die Kärtchen wieder) zu vertagen.

— Die Parteigenossen in Bremen hatten vor einiger Zeit in einer Volksversammlung eine Commission gewählt, die Erhebungen über den Umfang des in Bremen herrschenden Nothstandes anstellen sollte. Das Resultat der ersten Erhebung war, daß man die Namen von 300 Arbeitslosen zu verzeichnen hatte, welche zum Theil schon seit vielen Monaten ohne allen Erwerb sind; und fast durchweg ist als Grund der Arbeitslosigkeit der Mangel an Arbeit angegeben. Unter diesen 300 mehr oder weniger am Hungertuche nagenden Arbeitern befand sich auch ein Cigarrenarbeiter, welcher „wegen zu hohen Alters" schon seit zwei Jahren ohne jegliche Arbeit ist — und doch zählt der Mann erst 55 Jahre. „Der Mann hat", bemerkt die „Bremer Freie Zeitung" zu dieser empörenden Thatsache sehr richtig, „ein halbes Menschenalter brav der Gesellschaft gedient, in ihrem Nutzen seine Kräfte verausgabt und erhält jetzt dankbar von ihr den verabschiedenden Fußtritt — wegen zu hohen Alters." Im Uebrigen setzt die Commission ihre Thätigkeit fort, und gedenkt dieselbe mit dem gesammelten Material seinerzeit vor den Senat zu treten, um diesen zu geeigneten Schritten zur Abstellung des Nothstandes zu veranlassen. Und daran thut die Commission sehr recht, denn der Staat kann dem Nothstande abhelfen. Und wenn er sagt, er kann nicht, so will er nicht.

— Immer langsam voran. Nach dem ersten „unaufhaltsamen Vordringen" der Russen, welches so lange dauerte, bis sie den ersten Türken sahen, ist ein bedenklicher Stillstand bei diesen Helden eingetreten. Auf dem asiatischen und europäischen Kriegsschauplatz ist der russische Siegeszug ins Stocken gerathen. Zum Zeitvertreib haben die Russen nun den berüchtigten „Einen Kosaken" aus dem Krimkriege wieder hervorgegraben, den sie alltäglich einmal todtschießen lassen. Unter den offiziellen Nachrichten der russischen Blätter aus Alexandropel findet sich nämlich auch die Meldung, daß bei dem am 25. April auf der Straße nach Kars stattgehabten siegreichen Treffen nur ein Kosak getödtet worden wäre. Es ist wirklich rührend, wie die Russen an ihren Traditionen hängen. Uns aber scheint, als hätten die Russen jüngst von den Serben das Kriegführen gelernt und daß sie bald schon als die Stärkeren muthig zurückweichen werden.

— Unser Frankfurter Parteiorgan, der „Volksfreund", meldet: Eine dreifache Haussuchung und zwar in der Druckerei und Expedition unseres Blattes, in der Wohnung des Herrn Frohme, sowie in der Wohnung des Herrn Schäfer ward am 26. April in aller Frühe zu gleicher Zeit von einer Anzahl Polizeibeamten vorgenommen. Die Suche in der Druckerei sowie in der Wohnung des Herrn Frohme förderte das der Staatsanwaltschaft Erwünschte nicht zu Tage. Vom Herrn Schäfer nahm man ein Protokoll einer Zeitungskommissions-Sitzung mit, um nur die Handschrift von Schäfer zu haben. Der eigentliche Zweck der ganzen Ueberraschung ist uns bis jetzt noch nicht bekannt.

— Es geht uns die erfreuliche Mittheilung zu, daß eines unserer jüngsten Bruderorgane, die „Solinger Freie Presse", trotz allerlei Hindernissen, die dasselbe zu überwinden hatte, bereits in einer Auflage von 2000 Exemplaren erscheint.

---

n Berlin, 28. April.

Im Verlauf seiner Rede erklärt sich Hofmann (S. vorige Nr. des „Vorwärts") mit dem 1. Theil des Varnbühler'schen Antrages (Reichs-Enquete über die Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirthschaft) einverstanden, nicht aber mit dem 2. (Vertagung der Verhandlungen über Handelsverträge bis nach Feststellung der Enquete-Ergebnisse). Der Handelsvertrag mit Oesterreich, auf den es hauptsächlich abgesehn, sei seinem Abschluß bereits nahe, ein Aufschub also nicht mehr thunlich. Herr Hofmann spricht aber so unklar und undeutlich, daß Varnbühler's College, der Mitantragsteller Buhl, ihn vollkommen mißversteht und zum großen Erstaunen des Hauses den Antrag zurückzieht, weil der Präsident des Reichskanzleramtes sich zustimmend geäußert. „Unser Braun" sieht ganz giftig drein — ich würde sagen: Zornröthe bedeckt sein Antlitz, aber es war vermuthlich nur Weinröthe, denn er hatte dem Kneipzimmer schon mehrere Besuche abgestattet, von denen er stets strahlend zurückgekehrt war — er hat „eine Rede im Leibe", und eine „ungehaltene Rede" ist eine entsetzliche Heimsuchung für den Betroffenen nicht nur, sondern auch für dessen Freunde, die dann privatim anhören müssen, was der Betroffene sagen wollte, und gesagt hätte, wenn — u. s. w. Herr Rickert, der zu Braun's intimsten Freunden gehört, zittert im Hinblick auf das ihm drohende Schicksal, doch da kommt ihm ein leuchtender Gedanke: er nimmt den fallen gelassenen Antrag wieder auf und „Unser Braun" kann seine Rede halten, Kardorff kann ihm antworten, und Rickert braucht keine „ungehaltene" anzuhören — so sind drei Leute glücklich gemacht. Zum Schluß erklärt Herr Hofmann — was er eigentlich sofort

---

Einziger Lohn.

Der Quell der Lieder lebt in meiner Brust
Und möchte wonnerauschend sich ergießen:
Wem soll ich singen von des Daseins Lust,
Die alle könnten gleich und ganz genießen?
Nicht lohnet solches Lied der Fürsten Sold,
Auch locken mich nicht Macht, noch Ordenssterne,
Und nur von dir, o mein geliebtes Volk,
Aus deiner Hand nähm' ich den Lorbeer gerne.

Es naht wohl einst die stolze, schöne Zeit,
Wo seine Rechte sich das Volk errungen,
Wo, was schon längst ein Dichter prophezeit,
Das große Werk der Wahrheit ist gelungen.
Dann dankt mein Volk auch mir, wenn durch mein Lied
Geholfen ich, daß sich die Nacht entferne,
Und jubelnd ruf' ich: Mein geliebtes Volk,
Aus deiner Hand nehm' ich den Lorbeer gerne.

Und hab' ich einst gesungen und gelebt
Für das, was ich als recht und wahr ermessen, —
Und hat die Welt, die rastlos vorwärts strebt,
Dann auch den Dichter früh'rer Zeit vergessen:
Bleibt mir des einen Tags Erinn'rung nur,
Die sagengleich herüberklingt von ferne,
So ruf' ich sterbend noch: Mein theures Volk,
Aus deiner Hand nehm' ich den Lorbeer gerne.

Amtliche englische Berichte über russische Greuel in Polen.

Zu Anfang vorigen Monats wurde im Unterhause die in der Presse vielfach erörterte Bekehrung der unirten Griechen zur orthodoxen russischen Kirche besprochen, und es kam der Wunsch zum Ausdruck, die Regierung möge die ihr hierüber vorliegenden Schriftstücke vorlegen. Das Auswärtige Amt ist diesem Ersuchen nachgekommen. Es ist soeben ein amtliches Heft zur Veröffentlichung gelangt, das die Depeschen enthält, welche von dem britischen Generalkonsul in Warschau, Oberstlieutenant Mansfield, dem Botschafter Lord A. Loftus, dem Generalkonsul in Odessa, Stanley, und dem Konsul in Cherson, Webster, an Earl Derby und seine Vorgänger gerichtet sind.

Wir haben schon in Nr. 50 des „Vorwärts" unter der „Sozialpolitischen Uebersicht" einen Auszug aus jenen Depeschen gebracht, doch halten wir es für gut, um den russischen „Humanitätskrieg" in das rechte Licht zu setzen, ausführliche Mittheilungen über jene russischen Greuel unseren Lesern zu geben.

In dem ersten Schreiben vom 21. September 1871 theilt Oberst Mansfield die kaiserliche Verordnung mit, wonach die heterodoxen Kirchen in Rußland dem heiligen Synod unterstellt werden sollen. Er fügt zugleich erklärend hinzu, daß der Zweck dieser Maßregel offenbar sei, die unirten Griechen in den Schooß der orthodoxen Kirche hineinzutreiben. Am 29. Januar 1874 berichtet Mansfield mit Bedauern über Wiederholung von Ruhestörungen in den unirten Bezirken von Siedlce und Lublin, „welche Blutvergießen, Verlust an Menschenleben und die barbarischste Behandlung der Bauern zur Folge haben". Der Administrator der Diözese Chelm, Popil, hatte dem Grafen Tolstoi einige Monate vorher gemeldet, daß die kaiserlichen Verordnungen nur eine theilweise Befolgung erfahren haben. Tolstoi verordnete bald darauf durch Erlaß die Einführung strengster Uniformität mit der griechischen Kirche, die Abschaffung von Bänken, Orgeln, Rosenkranz, Schellen bei der Messe u. s. w. Die Mehrzahl der Geistlichen kam den Befehlen nach. Die Bauern aber lehnten sich dagegen auf. An vielen Orten enthielten sie sich gänzlich des Kirchenbesuches. An anderen mißhandelten sie die Priester, in einem Dorfe steinigten sie den Geistlichen zu Tode. Polizei und Kosaken waren bereits zu Hilfe gerufen worden. Bauern waren getödtet worden, einzelne Kosaken ebenso, namentlich Offiziere. In Mynciewicz vertheidigten die Bauern die Kirche mit Gewalt, wurden indessen schließlich besiegt. Sie wurden aufgefordert, eine Bekehrungserklärung zu unterzeichnen, und als sie sich weigerten, erhielt jeder Mann 50 Hiebe mit der „Nagaika" (Kosakenpeitsche), jede Frau 25 und jedes Kind, ohne Unterschied des Geschlechtes oder Alters, 10 Hiebe. Eine Frau, welche sich mit mehr Energie als die übrigen geweigert hatte, erhielt mehr denn 100 Hiebe. Gutsbesitzer und Inspektoren verließen die Gegend, weil die Bauern sie um Hilfe und Schutz anriefen, welche sie nicht zu leisten vermochten. Die Nachrichten über diese Vorgänge waren, wie Oberst Mansfield hinzufügte, gerade während der Hochzeitsfeierlichkeiten der jetzigen Herzogin von Edinburg in Petersburg eingetroffen und hatten dort einen so peinlichen Eindruck hervorgerufen, daß weitere Maßnahmen einstweilen untersagt wurden. Nichtsdestoweniger wurden die gefangenen Bauern — es hatten massenhafte Verhaftungen stattgefunden — nicht freigelassen. Am 18. Februar berichtet Mansfield, daß die Verfolgungsmaßregeln gegen die Unirten noch ihren steten Fortgang nehmen. Vorgänge, wie der Kampf und die Peitschung von Mynciewicz, hatten sich an „vielen" Orten wiederholt. Zu Anfang des Monats war Nobokow, der Direktor der Abtheilung für polnische Angelegenheiten in der kaiserlichen Kanzlei, in Begleitung des Generals Friedrichs, vormaligen Chefs der polnischen Gendarmerie und eben zm Generalgouverneur von Ostsibirien ernannt, zur Untersuchung der Vorgänge in Warschau eingetroffen. Am 7. März berichtet Mansfield, daß die Metzeleien (massacres) noch ihren steten Fortgang nehmen; nur wurde damals meist ein anderer Modus der Bekehrung angewandt. Wo sich Widerspruch zeigte, wurde gleich so viel Militär in den Ort gelegt, daß an Widerstand nicht zu denken war. Außerdem wurden von den einzelnen Orten Geldstrafen von 2—400 Rubeln erhoben. Die Bauern standen unsägliche Leiden aus. In einem Dorfe habe ein Bauer sich und seine Familie mit Kohlendampf erstickt, um die Taufe eines Kindes durch den Popen zu verhindern. Die Bauern bivouakirten im Walde und litten dort große Noth. Die Kosaken hatten Befehl erhalten, sie „niederzujagen" und in die Dörfer zurückzutreiben. Da die Kosaken die Saaten verheerten, ließen die Bauern an vielen Orten die Aecker unbestellt, sie vermietheten sich als Arbeiter an die Domanialbesitzer. Diese wurden dadurch in eine schwierige Lage gebracht. Wo die Polizei von solchem Verhältniß Wind bekam, wurde der betreffende Besitzer sofort unter Polizeiaufsicht gestellt. Am 27. Januar 1875 übersandte Lord A. Loftus einen Artikel des „Journal de St. Petersbourg" an Earl Derby. Darin wird über unfreiwillige Massenübertritte zur orthodoxen Kirche berichtet. Fünfzigtausend Seelen und 26 Priester hatten „um Erlaubniß gebeten", in die orthodoxe Kirche überzutreten, und der Czar hatte allergnädigst geruht, eine zustimmende Antwort zu ertheilen und den Convertiten seinen Dank auszusprechen. Am 29. Januar berichtet der Generalconsul Mansfield über den erwähnten Massenübertritt. Derselbe ist „durch verschiedene Mittel zuwege gebracht worden, worunter Mißhandlung ein nicht unbedeutendes Element bildet". In einigen Gemeinden wurden die Widerspenstigen herausgegriffen und nach Sibirien verbannt. Die übrigen gaben nach, als sie sahen, daß „alle ihre Habe von Kosaken verzehrt wurde". In anderen Gemeinden wurde Geld vertheilt und dadurch wurden

hätte thun müssen, als Buhl den Antrag zurückzog — er sei keineswegs „entgegenkommend“, worauf der Antrag zum zweitenmal, unter „Heiterkeit“ zurückgezogen ward. Damit hatte die „große Zollschlacht“ ihr Ende erreicht: an die 1000 Ellen sind für und wider geredet worden, Resultat: Null. Theoretisch und praktisch Null! Wir stehen genau auf demselben Punkt, wie im Moment, wo die erste Rede der Zollschlacht abgefeuert wurde.

Den Rest der Session füllt das Seeunfallgesetz aus (keine Diskussion) und der Elsaß-Lothringer Etat (kleine und kleinliche Diskussion). Um 5 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Elsaß-Lothringer Etat; Lasker'sches Nothgesetz (gegen Kanteckirung) u. s. w. Die verschiedenen Fraktionen haben sich dahin geeinigt, bis zum 5. ds. um jeden Preis die Sessionsgeschäfte zu erledigen. Man hofft sogar schon am Freitag fertig zu werden. Warum nicht noch früher? Warum überhaupt nicht alle Debatten abschneiden, und einfach votiren? Der Ruf der „Jasagemaschine“ würde nicht leiden, und man sparte viel Zeit. Vielleicht stellen unsere Abgeordneten einen dahin zielenden Antrag.

Nachholen will ich noch, daß seit vorgestern sich Rittinghausen dreimal zum Wort gemeldet hat („auswärtiges Amt“, Ausgleichgesetz und Barnbüler'scher Antrag), und daß er dreimal valentinirt worden ist. Wird zum Uebrigen gelegt.

Valentin, der Schlußmacher.

„.... Der drüben rechts in Uniform ist Moltke.“

„„Der Offizier mit dem sonderbaren blonden Haar?““

„Ja wohl! und der große alte Herr mit dem weißen Schnurrbart, der so eifrig mit seiner Lorgnette hierhersieht, ist der Sozialdemokrat Demmler.“

„„Und wo sind die andern Sozialdemokraten?“

„Drüben links in der Ecke.“

„„Der Herr, welcher eben zum Präsidentensitz hinaufgeht, gehört bestimmt zu ihren Führern.““

„Welcher?“

„„Der mit dem langen gelb-weißen Barte, den weitabstehenden Ohren und dem struppig grauen Haarbusch.““

„Ich weiß nicht, wen Du meinst?“

„„Eben spricht er mit dem Präsidenten. Ich habe selten ein Gesicht gesehen, das so sehr an die Vorstellungen gemahnt, welche man sich von den grausamen Häuptlingen der aufrührerischen Haufen des armen Conrad im Bauernkriege macht.““

„Ich kann aber wahrhaftig nicht errathen, wen Du im Auge hast.“

„„Dort die sonderbare fahle Erscheinung in dem blauen Rocke. Sie muß Dir doch sofort auffallen. Der dort mit dem bleichen, hämischen Gesichte und der tief gefurchten Stirne, der so lebhaft gestikulirt und mit den Schultern zuckt. Eben wendet er sich mit einem wahrhaft satanischen Lächeln zur Treppe.““

„Der — aber das ist ja Valentin!“

„„Und wer ist Valentin mit dieser Mörderphysiognomie?““

„Valentin ein Mörder — das ist komisch.“

„„Oder wenn Du willst, mit diesem Henkeraussehen.““

„Valentin ein Henker — das ist noch besser — und doch hast Du in gewissem Sinne Recht. Valentin ist Mörder und Henker, je nachdem — er ist der berufene „Schlußmacher des Reichstags“, der Todtschläger ungeborener Reden, der Nachrichter verurtheilter Debatten, jedenfalls eine parlamentarische Spezialität eigenthümlichster Art“ . . . . .

Aus der weiteren Schilderung, welche die „Frankfurter Zeitung“ von Valentin's Thätigkeit entwirft, nehmen wir noch folgende Scene heraus:

Die Debatte ist im besten Zuge. Rede reiht sich an Rede, mit halbgeschlossenen Augen, Reineke gleichend, der vor seiner Burg Malepartus im Sonnenscheine simulirt, überwacht der Präsident die Redner. Unversehens aber wird er aufmerksam, einen Blick wirft er auf den vorliegenden Zettel und dann irrt sein Auge wie suchend durch das Haus. Valentin ist schon längst von seinem Sitze aufgestanden. Die Hände in den Hosentaschen, scheinbar gleichgültig, ist er von Bank zu Bank vorgeschlichen, von Zeit zu Zeit einen raschen Blick nach der Stelle werfend, wo die Sozialdemokraten zusammenzustehen pflegen, um den Debatten zu folgen. Plötzlich steigt er die Treppen zum Präsidentensitz empor und übergiebt einen Zettel. Dann geht er die Stufen abwärts mit dem halb triumphirenden, halb scheuen Ausdruck eines Wiesels, das vom Taubenschlage schleicht. Droben aber ertönen die Worte: „Meine Herrn! Es ist ein Schlußantrag eingegangen von dem Abgeordneten Valentin. Ich bitte Diejenigen, welche denselben unterstützen wollen, aufzustehen. Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte Diejenigen stehen zu bleiben, resp. aufzustehen, welche den Schluß annehmen wollen. Das ist die Mehrheit. Die Debatte ist geschlossen.“ Das Beil ist gefallen.

Zum Schlusse des Artikels heißt es nun noch:

Wen der Zufall zu sehr begünstigt, den wollen die Götter verderben. Das möge auch Valentin bedenken, Valentin, dem es bisher immer, durch Zufall natürlich, in so merkwürdig glücklicher Weise gelungen ist, denen das Wort abzuschneiden, die man von gewisser Seite nicht reden lassen will. Aber es mehren sich die Anzeichen, daß die Zeit nicht allzuferne liegt, wo der gedruckte „Valentinzettel“ mit dem Inhalte: „Ich beantrage den Schluß der Diskussion. Valentin.“ seine Wirksamkeit verlieren wird. Der „Reichsschlußmacher“ bewegt sich auf der haarscharfen Schneide, wo ein kleines, unvorhergesehenes Ereigniß aus einer komischen eine lächerliche Figur machen kann und auf das Handwerk der „Valentinirung“ wird sich vielleicht bald eine Analogie des berühmten Satzes anwenden lassen, den Verrath liebt man, aber der Verräther wird verachtet. Valentinchen, Valentinchen hüte dich!

Correspondenzen.

Altona. Wie an einigen anderen Orten Deutschlands, so haben auch hier die Gegner sich endlich aufgerafft und den „geistigen Kampf“ gegen die Sozialdemokratie eröffnet. Es ist übrigens bezeichnend für unsere Gegner und ihre Sache, daß sie erst dann den Weg des objektiven Kampfes betreten haben, nachdem sich herausgestellt hat, daß mit aller Anwendung von Gewalt, Verleumdung u. s. w. gegen die Sozialdemokratie nicht aufzukommen ist. Doch mögen sich unsere Gegner präsentiren, wo und wie sie wollen, die Sozialdemokratie ist gerüstet, mit ihnen um die Palme des Sieges zu ringen. Das hat erst wieder die jüngste Vergangenheit bewiesen, wo drei Kämpfer des Liberalismus sich vergeblich abmühten, die „Irrlehren“ des Sozialismus nachzuweisen. Es war am 19. April, daß hier in Wittmaacks Salon eine Volksversammlung tagte, in welcher 1) Herr Lehrer Schmarje über: „Das eherne ökonomische Lohngesetz“; 2) Herr Corleis über: „Die Entwicklung der verschiedenen Stände“, und 4) Herr Schneider über: „Schulze-Delitzsch und Lassalle“ sprechen und den Sozialismus bekämpfen wollten. Aus der einen Versammlung sind bis jetzt aber zwei geworden. In der ersten, also am 19. April, erledigte Herr Schmarje das erste der obengenannten Themata, und in der zweiten Versammlung, die am 26. April statthatte, ließ sich Herr Corleis über das zweite Thema vernehmen. Herr Schneider dagegen scheint nicht mehr Lust zu haben, wenigstens hat uns dieser Herr bis jetzt noch keine Gelegenheit geboten, die Fülle seines Wissens zu bewundern. Thut aber auch nichts, da wir an den Leistungen der beiden genannten Gegner einen genügenden Anhalt zur Beurtheilung der Leistungsfähigkeit des dritten liberalen Kämpen gewonnen haben.

In der ersten Versammlung, am 19. April, gab Herr Schmarje zu, daß der Lohn sich immer nach denselben unabänderlichen ökonomischen Gesetzen regulire; er bestritt auch nicht, daß unter der Herrschaft des ehernen ökonomischen Lohngesetzes die Arbeiterklasse leide und mitunter, wie z. B. in der Jetztzeit, sehr bitter leide — aber, aber, aber! Und an diesen Abers litt Herr Schmarje Schiffbruch. — — Weil sich das eherne ökonomische Lohngesetz wie ein Bleigewicht an die Fersen des vorwärtsstrebenden Zeitalters hängt, habe Lassalle verlangt, daß dieses Grundübel der sozialen Noth beseitigt werden müsse. Es erniedrige den Arbeiter zur Waare und mit Recht habe Lassalle gesagt, wer dieses Gesetz nicht kenne, der dürfe nicht mitreden über das Thema zur Lösung der sozialen Frage. Lassalle wolle nun eine Radikalkur und er habe vorgeschlagen, den kranken Fuß abzuhauen. Aber Redner befürchtet, es würde sich bei dieser Operation der ganze Gesellschaftskörper verbluten. — Und in diesem Tone sprach Herr Schmarje noch eine Weile fort, ohne die Versammlung überzeugt zu haben, daß die Radikalmittel der Sozialdemokratie das „Grundübel“ zum Heile der Arbeiterklasse nicht beseitigen könnten. Natürlich war es den Genossen Reimer, Molkenbuhr, Brückmann, Kapell und Geyer, die nach Herrn Schmarje das Wort ergriffen, ein Leichtes, nun erst recht zu beweisen, daß nur die Radikalmittel der Sozialdemokratie das „Grundübel“ zu heilen im Stande seien.

Die zweite Versammlung tagte am 26. April in Koppelmann's Salon; Saal und Gallerien waren, wie in der ersten Versammlung, überfüllt. Wie schon erwähnt, wollte Herr Corleis in dieser Versammlung über „Die Entwickelung der verschiedenen Stände“ sprechen. Befriedigte aber schon der Vortrag des Herrn Schmarje nicht, so konnte man bei Herrn Corleis allen und jeden Mangel an Verständniß über die geschichtliche Entwickelung der Stände und über das Wesen des Sozialismus wahrnehmen. Den Sozialismus angehend, verstieg sich Herr Corleis zu der ungeheuerlichen Behauptung, daß die Arbeit nicht die Quelle aller Werthe sei, und deshalb wäre auch der „Hauptpunkt“ des sozialistischen Programms falsch. Es müsse auch der Nutzwerth der Produkte in Betracht gezogen werden. Ein Maler, der ein Bild in 4 Wochen vollende, erhalte dafür vielleicht 500 Thlr. Einige Jahre später, nach dem Tode des Malers, werde das Bild vielleicht wegen seiner Seltenheit mit 25,000 Thlr. bezahlt; sei dieser Ueberschuß auch aus der Arbeit geflossen?“ Gegenüber solcher Plattheit hatten die nachfolgenden sozialistischen Redner leichtes Spiel, und war es namentlich Parteigenosse Oldenburg, der Herrn Corleis gründlich abthat. „Jeder, der sich mit dem Studium der Nationalökonomie beschäftigt habe,“ so ungefähr äußerte sich Herr Oldenburg, „müsse auch wissen, daß es Produkte gebe, die beliebig vermehrt werden könnten und solche, mit denen dies nicht der Fall sei. So könne man z. B. Nachtmützen, weil sie in's Unendliche vermehrt werden könnten, billig kaufen, nicht aber ein Raphael'sches Gemälde. Der Maßstab für den Werth eines Produkts sei die in ihm verkörperte gesellschaftliche Arbeit, und die vom Vorredner behauptete Unrichtigkeit dieser Theorie sei nichtssagend. Der Preis der Waare regele sich aber durch Angebot und Nachfrage. Die Arbeiter erhalten nur den kümmerlichsten Lohn für die von ihnen geschaffenen Werthe, der Ueberschuß falle in die Taschen des Unternehmers. Dieses Mißverhältniß umzugestalten, sei Aufgabe der Sozialisten.“ Gegen diese Einwendungen konnte Herr Corleis natürlich nicht aufkommen, und so hat denn auch diese Versammlung den Beweis geliefert, daß der „geistige Kampf“ gegen den Sozialismus nur dem letzteren zu Statten kommt.

Ob die dritte Versammlung, in der Herr Schneider über Schulze-Delitzsch und Lassalle seine Meinungen zum Besten geben will, stattfinden wird, ist noch die Frage. Das Versprechen, zu erscheinen, gab Herr Schneider zwar, aber der Umstand, daß Herr Schneider den Eintritt in die Versammlung nur per Karte gestattet wissen wollte, läßt gelinde Zweifel zu, ob er sein Versprechen auch halten wird. Doch warten wir's ab.

Berlin, 24. April. Sonntag, den 22. d. M., wurde hier Sophienstr. 15 eine massenhaft besuchte Versammlung abgehalten, in welcher die Reichstagsabgeordneten Most und Bracke als Redner auftraten. Most sprach über die Arbeiterbewegung in der Schweiz, unter vergleichender Bezugnahme auf die deutsche Arbeiterbewegung, Bracke dagegen sprach über die Ursachen des herrschenden Nothstandes und das Verhalten der Fortschrittspartei diesem gegenüber. Beide Redner versäumten nicht, hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes im 6. Berliner Wahlkreise nützliche Rathschläge zu ertheilen und die Massen zur regsten Agitation anzuspornen. Ein Gleiches that Frau Stägemann den anwesenden und hier unbeanstandet gebliebenen Frauen gegenüber, indem sie dieselben aufforderte, gleichfalls bei der Wahlbewegung — durch Flugblätter- und Stimmzettelaustragen u. s. w. — thätig zu sein. So geht es vorwärts, immer vorwärts, trotz und — mit Tessendorff.

m. **Stuttgart,** 20. April. Ueber die jüngsten Vorgänge in unserer schwäbischen Residenz lassen Sie mich berichten. Vom Prozeß Maier habe ich schon im „Vorwärts“ gelesen. Freilich ist diesem dabei ein kleiner Druckfehler passirt, der Prof. Maier ist nämlich nicht 81 Jahre alt, wie in Nr. 44 zu lesen steht, sondern ein rüstiger Mann in den 30er Jahren. Der Prozeß hat mit Recht in und außer Württemberg bedeutendes Aufsehen erregt. Er hat diese Aufmerksamkeit umsomehr verdient, als er ein Bild unserer eigenthümlichen Verhältnisse giebt. Existirt da in Württemberg eine extrem-kirchlich-religiöse Richtung, mit dem nicht mehr ungewöhnlichen Namen Pietisten behaftet, ein Name, der freilich nachgerade einen recht schlechten Klang bekommen hat. Diese Partei, in der Minderheit zwar, aber rührig, hat sich einen gewissen Einfluß in den maßgebenden Kreisen zu verschaffen gewußt, und benutzt diesen Einfluß nun, nicht etwa um im Sinne der Bibel christliche Nächstenliebe zu üben, nein um im Gegentheil besser, d. h. freisinnig gesinnte und wissenschaftlich gebildete Leute zu verdächtigen und bei der großen Menge in Mißkredit zu bringen. Es sind da lauter Brüder und Schwestern im Herrn, die solches Geschwätz dann mit echt christlicher Liebe, mit frommem Achselzucken und demüthig sein sollendem Augen-

---

die Leute nachgiebiger gestimmt. In anderen wieder wurden die Bauern mißhandelt, bis sie dem Zwange nachgaben. In einem Orte, welchen Mansfield als Beispiel herausgreift, wurden die Bauern geprügelt, bis die Militärärzte erklärten, weitere Schläge würden ihr Leben gefährden. Sodann wurden sie gewaltsam durch einen halbgefrorenen Strom getrieben, in welchem sie bis über die Hüften im Wasser gingen. Zwischen Soldatenspalier wurden sie in die Pfarrkirche getrieben und zur Unterzeichnung der Bittschrift an den Czaren gezwungen. Beim Herausgehen riefen sie: „Ihr mögt uns orthodox nennen, allein wir bleiben in dem Glauben unserer Väter.“ Nachdem die Bittschriften unterzeichnet worden waren, meldet der Generalkonsul weiter, wurde eine Anzahl Bauern gezwungen, sich als Delegirte den Behörden einzureihen und dem Erzbischof ihre Unterwerfung anzuzeigen. „Die Maßregeln sind dem sehr ähnlich, was zwischen 1835 und 1838 in Lithauen vorging, als über 1,000,000 unirte Griechen durch gute oder böse Mittel in russische Orthodoxie übergeführt wurden.“ Mit Bezug auf die amtlichen russischen Angaben, daß die römischen Katholiken gesucht hätten, die Unirten zu ihrer Kirche herüberzubringen, bemerkt Mansfield: „Die Geschichte müsse mit Mißtrauen aufgenommen werden.“ Die Priester waren nämlich damals schon lauter Leute, die sich den russischen Vorschriften unterworfen hatten. Die ursprünglichen Priester waren bereits vor mehreren Jahren ausgemerzt und durch andere ersetzt worden, welche die Reformen angenommen hatten, die die Regierung einzuführen wünscht. Weiter glaubt aber Mansfield, daß die römisch-katholischen Priester von Hause aus die Sache als „viel zu kritisch“ angesehen haben, als daß sie gewagt haben sollten, irgend einen Einfluß zur Ausübung zu bringen. Es giebt überhaupt nur sehr wenige römisch-katholische Priester in den unirten Bezirken, und die wenigen werden so scharf bewacht und beaufsichtigt und wissen so wohl, daß ein bloßes „Flüstern“ sie auf Lebenszeit nach Sibirien bringen könnte, daß es ganz unwahrscheinlich erscheinen muß, daß sie irgendwelchen Druck ausgeübt haben sollten, „und in der That bedurfte der hartnäckige Fanatismus der Bauern auch gar keiner neuen Anregung.“ Am 10. Februar meldete Mansfield große „Gährung und Aufregung“ in Folge des sogenannten freiwilligen Uebertritts der Fünfzigtausend. Die Unterzeichner der Bittschrift erklärten, sie haben nicht gewußt, was sie unterschrieben haben, und erachten sich nicht für gebunden. Abgesandte, welche die Bittschrift überreicht hatten, waren bei der Rückkehr mißhandelt worden. Die Popen hatten dann andauernden Schutz der Polizei angerufen. Das Kosakenkontingent war erheblich verstärkt worden. Der Konsul glaubt, daß die Regierung einen Erfolg erzielt habe. Einige Generationen werden sich wehren, in 30 Jahren aber wird Alles gut orthodox sein. Am 24. April berichtet Mansfield über den Uebertritt weiterer 250,000 Unirten im Gouvernement Lublin; am 26. Mai meldet er, daß die Bewegung ziemlich ihr Ende erreicht habe. „Die religiöse Aufregung machte sich jetzt in angeblichen Wundern Luft. Blutende Crucifixe, Erscheinungen der Jungfrau u. s. w. kamen an die Tagesordnung. Sämmtliche unirte Griechen seien nunmehr zu der Staatskirche übergetreten, mit Ausnahme von etwa 20,000 in den Gouvernements Siedlce und Lomza und ebenso mit Ausnahme der Warschauer Gemeinde von etwa 2000.“ Am 1. Januar 1876 berichtet der genannte Konsul indessen, daß die angeblichen Convertiten sich keineswegs mit Leib und Seele der Staatskirche angeschlossen haben. „Sie besuchen weder Kirche noch Sakramente; sie lassen weder ihre Kinder durch russische Popen taufen, noch ihre Todten durch sie bestatten, und sie lassen sich nicht trauen.“ Die russischen Popen berichteten dies dem griechischen Erzbischof von Warschau und Nowogeorgiewsk, Johannikij. Da dieser die Polizei nicht zu Hilfe rufen wollte, wurde er schließlich von der Regierung nach Cherson versetzt. Johannikij war nahezu 80 Jahre alt, seit 1859 Erzbischof von Warschau und hatte sich stets, namentlich zur Zeit des Aufstandes, durch seine Mäßigung und Frömmigkeit ausgezeichnet. Ueber den Nachfolger Demetrius wußte Mansfield nichts. Am 14. Februar meldete Mansfield die Ueberführung von etwa 400 widerspenstigen Unirten nach Cherson. Daselbst sollten sie in orthodox-griechischen Dörfern untergebracht werden, immer je eine Familie von Unirten auf ein orthodoxes Dorf. Ueber die weitere Behandlung dieser Leute berichtet Konsul Webster in Cherson. Sie wurden sehr streng gehalten und mußten Steine klopfen. Es waren etwa 600 Personen, alles verheirathete Männer, die mit Gewalt von ihrer Familie gerissen worden waren. Die Familien — Frau und Kinder — blieben daheim, mit Kosaken zur Einquartierung! Am 17. November 1876 berichtet Konsul Stanley in Odessa, daß der Minister des Innern in sämmtlichen Provinzen die etwaige Ausführung geistlicher Handlungen durch römisch-katholische Geistliche für die Unirten streng verboten hat. Der betreffende Ministerialerlaß ist im Wortlaute beigefügt.

— Aus Schleiz wird eine interessante Geschichte berichtet: Ein sonderbares Ereigniß setzte neulich die still und abgelegen in den voigtländischen Bergen gelegene Stadt in Aufregung. Die Stadt hat ein recht leidliches Gymnasium, an welchem bis noch vor kurzem der rühmlichst bekannte Dr. Duden Rektor war. An diese Anstalt kommt vor vielleicht Jahresfrist ein junger Gelehrter, ein Dr. philosophiae als Gymnasiallehrer. Der Herr Doktor versteht es, sich ein Air zu geben, er wird in den Kreisen seiner Collegen bald tonangebend, er tritt bei der Wahlbewegung in das nationalliberale Comité, er hat dabei Zeit für einige junge Damen zu schwärmen. Nun, er wird bald in dem Städtchen eine persona gratissima, bis durch irgend welchen verhängnißvollen Umstand entdeckt wird, daß der Herr Dr. philosophiae niemals einen Doktorhut erworben, daß er niemals ein Examen bestanden, niemals auf einer Universität gewesen, daß die Zeugnisse gefälscht sind — und daß der Unselige auch nicht Junggesell ist, sondern verheirathet. Wie man hört, hat man den Pseudo-Doktor still seines Weges ziehen lassen, aber der Schrecken über diese ungeheuerliche Mystifikation liegt den guten Schleizern noch heute in den Gliedern. Kurz vor Ostern geschah die Entdeckung.

— Zum Kapitel der Bettelei. Unser Chemnitzer Parteiorgan schreibt: „Während hungernde Arbeitslose, welche den verzweifelten Schritt wagen, ihre Mitmenschen um eine milde Gabe anzusprechen, im „Betretungsfalle“ rücksichtslos arretirt werden, laufen zur Zeit in Chemnitz österreichische Nonnen umher, welche mit hoher obrigkeitlicher Erlaubniß für eine „milde Stiftung“ in Wien hier betteln gehen. Die besagte Stiftung ist angeblich ein Institut für arbeitslose Dienstmädchen, jedenfalls ist es aber auch eine Brutstätte der Agitation für die Religionspartei, sonst würden die Klöster ihre Nonnen nicht für dasselbe in's Ausland betteln schicken. Die Thatsache, daß solche Bettelei erlaubt wird, trotzdem das Betteln im Allgemeinen strafbar ist, können wir nicht tadeln, weil ein derartiger Tadel unsererseits eine Beleidigung von Behörden bilden und uns monatelang in's Gefängniß bringen würde. Wir bemerken nur, um uns keinen Prozeß zuzuziehen, sehr vorsichtig, daß ja Jeder, dem die orthodox-religiöse Agitation österreichischer Klöster näher liegt, als z. B. der Nothstand in Sachsen, den Nonnen reichliche Gaben übermitteln kann.“

— Der Abg. Dr. Löwe ist am 30. v. M. im Reichstage von einem Unglück betroffen worden. Als derselbe die vom Sitze des Präsidiums in den Saal hinabführende Treppe passirte, glitt er aus und fiel platt auf den Boden, so daß er nur mit Mühe aufgerichtet werden konnte. Der Geheimrath Wilms constatirte einen Armbruch und legte einen Gypsverband an.

aufschlag weiter colportiren und ihre Freude daran haben, wenn so ein unglückliches Opfer wegen irgend eines unbedachten oder in der Regel mißverstandenen Wortes in der öffentlichen Meinung heruntergesetzt wird. Es ist diese fromme Sitte fast schon zum Gewerbe geworden. Statt seinen Nebenmenschen, der Einem nichts thut, in Frieden leben zu lassen, sucht man seine sozialen Verhältnisse und seinen Lebenswandel zu verdächtigen, um dann scheinbar um so glänzender dazustehen. Dieser Richtung ist auch oben erwähnter Prof. Maier zum Opfer gefallen. Derselbe ist Lehrer am hiesigen Realgymnasium, bei seinen Schülern beliebt und bei seinen Mitbürgern geachtet. Aber er hatte das Unglück, Philosoph zu sein, eine Menschengattung, die schon an und für sich dem echten Pietisten ein gewisses Gruseln verursacht. Dieser Philosoph hatte sich nun einen Götterbegriff formulirt nach seinen philosophischen Ansichten von Moral und Sittlichkeit. Aber er hatte vergessen, daß er in Stuttgart lebte. Einige würdige Vertreter der Pietisten gingen hin und denunzirten die philosophische Abhandlung, in der Herr Maier seinen Gottesbegriff uns vorgelegt hatte, als dem Strafgesetz verfallen, dem Staatsanwalt. Das Unmögliche geschah. Der Staatsanwalt nahm die Anklage auf mit dem bekannten Erfolg. Die eklatante Freisprechung rief großen Jubel in den aufgeklärten Kreisen hervor, glaubte man sich doch in die Zeit der Inquisition versetzt.

Zu bemerken ist aber noch, daß trotzdem die frommen Blättlein es nicht unterließen und es auch jetzt nicht unterlassen, im Publikum wie sonst zu schüren, um den unglücklichen Professor womöglich noch zu Tode zu hetzen, d. h. ihn womöglich von Amt und Würden zu bringen. Dies ein trauriges Bild aus unserer Residenz.

Mehr Freude wird es Ihnen machen, wenn ich Ihnen berichten kann, daß am 18. d. M. eine sehr würdige Feier zum Gedächtniß des verstorbenen Jacoby stattgefunden hat. Die Feier ging aus, natürlicherweise, von der sozialistischen Partei Stuttgarts, der sich aber dann die demokratische Partei anschloß, um den großen Todten, sowie er verdiente, zu ehren. Als geeignete Räumlichkeit hatte man den Concertsaal der Liederhalle gewählt, eine geräumige und in der letzten Zeit sehr geschmackvoll dekorirte Räumlichkeit. Zu meiner großen Freude bemerkte ich, daß Stuttgart doch noch eine stattliche Anzahl freisinniger Männer und Frauen birgt, denn der Saal füllte sich bis auf den letzten Platz mit Verehrern Jacoby's. Im Hintergrund des Saales war ein erhöhter Platz, der in angemessener Weise dekorirt worden war. Der Parteirichtung des Gestorbenen entsprechend, bildete den Grundton Roth. Zwei große rothe Fahnen hingen rechts und links; weiter außen waren zwei kleinere schwarz-roth-goldene angebracht, und in der Mitte der Bühne selbst sah man das Bild Jacoby's, nach einer Photographie, die Herr Dr. Dulk besaß, bedeutend vergrößert. Die ganze Fläche des Hintergrundes war mit grünen Pflanzen und Sträuchern geschmackvoll verziert. Vorn an der Brüstung befand sich ein zweites Bild des Gefeierten, ebenfalls wie das hintere auf rothem Grunde. Während aber das hintere, mit einem reichen Eichenkranz umlaubt, Jacoby in der letzten Zeit seines Lebens darstellte, erblickte man ihn im vorderen kleineren als thatkräftigen Mann in den besten Jahren. — Der musikalische Theil des Abends war übernommen worden von den beiden Sängervereinen Lassallia und Gutenbergverein. Sie trugen abwechselnd ernste, weihevolle Chöre vor, die der ernsten Stimmung des anwesenden Publikums entsprachen. Nach einem Gesangsvortrage der Lassallia und einem Gedicht in ansprechender Weise von einer Festjungfrau mit schwarzer Trauerschärpe vorgetragen, folgte ein ausgezeichneter Vortrag von dem Freunde Jacoby's Dr. Albert Dulk. Nach einer kurzen Ansprache an den geschiedenen Freund entwarf der Redner in längerer Rede ein treues Bild der Lebensgeschichte und des Charakters des Verstorbenen, das den Zuhörern einen lebendigen Eindruck gab von dem edlen, consequenten, wahrheitsliebenden Wesen Jacoby's. Nach der Rede wechselten wiederum einige treffliche Chöre und ein zweites Gedicht, dem Andenken des Königsberger Arztes gewidmet und vorgetragen von einer zweiten Festjungfrau, mit einander ab. Dann sprach Carl Mayer, einer der Führer der schwäbischen Volkspartei, zunächst über die persönlichen Begegnungen, die er zu verschiedenen Zeiten seines Lebens mit Jacoby hatte, und dann suchte er den Entwicklungsgang seines Denkens und Charakters an Jacoby's Rede nachzuweisen, die er am 30. Januar 1870 vor seinen Wählern in Berlin gehalten hat. Merkwürdiger Weise gelangte Herr Mayer, obschon Demokrat, zu dem Ergebniß, daß wenn es auch im Allgemeinen nicht ehrenvoll sei, zu einer andern Partei überzugehen, es doch erlaubt sei, zu einer fortgeschritteneren und entwickelteren Partei überzugehen. Dabei hob er noch besonders die Consequenz des Jacoby'schen Gedankenganges nach, der im Anschluß an den Erfahrungssatz, daß Menschen, deren ganze geistige Kraft durch den Kampf ums tägliche Brod absorbirt wird, unmöglich politisch gebildet und thätig sein könnten, wie es auch die bürgerliche Demokratie verlangt. Daraus folge mit Naturnothwendigkeit, daß, wer die politische Emanzipation und Gleichstellung des Volks wolle, auch dessen wirthschaftliche Gleichstellung auf seine Fahne zu schreiben habe. Da drängte sich mir unwillkürlich der Gedanke auf: Weshalb ist denn Mayer kein Sozialist, wenn er den Gedankengang seines Freundes für richtig und consequent hält. Allerdings war hier nicht der Platz, es zu erörtern. Nach einem weiteren schönen Chorgesang sprach noch Jacoby's ältester Freund, Walesrode, über ein einzelnes, aber auch das wichtigste Ereigniß aus des verstorbenen Freundes Leben, nämlich über den Hochverrathsprozeß vom 8. Dezember 1849, in dem Jacoby es seinem merkwürdig ruhigen und würdevollen Auftreten verdankt habe, daß er nicht zu einer grausamen Strafe verurtheilt worden. Seine Strafe wäre nämlich nach preußischem Landrecht gewesen: Schleifen auf einer Kuhhaut nach dem Richtplatz und dort von unten nach oben rädern. Walesrode sprach mit der innigen Liebe des Freundes von Jacoby, die auch im Publikum einen warmen Wiederhall fand. Zum Schluß wurde noch ein Lied mit der Melodie der Marseillaise gesungen und damit die würdevolle Feier geschlossen.

Wahrhaftig, der Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit ist noch nicht ganz abgestorben im Publikum. Natürlich waren es auch hier vorwiegend die unteren Volksklassen, die dem großen Manne ihre Verehrung darbrachten. Möchte Jacoby's Geist im deutschen Volke lebendig bleiben und Früchte tragen.

Plagwitz-Leipzig. Am Sonnabend, den 21. April, hatte im Gosenschlößchen zu Plagwitz eine gut besuchte Volksversammlung statt, mit der Tagesordnung: Der von den sozialistischen Abgeordneten im Reichstage gestellte Antrag zur Abänderung der Gewerbeordnung. Der Referent, Genosse Nauert, erledigte seine Aufgabe unter großem Beifall der Versammlung. Als Opponent trat diesmal nicht Herr Jerrmann, sondern ein Herr Ludwig auf, der, wie wir erst später erfuhren, früher das Amt eines Polizisten in Lindenau bekleidete; in neuerer Zeit soll ihm sogar seitens der reichsfreundlichen Größen Unterstützung in Aussicht gestellt worden sein. Auf die Versammelten machte er den Eindruck, als litte er an Begriffsschwerfälligkeit, weswegen er denn auch unter allgemeiner Heiterkeit, von seiner sich bei ihm sehr komisch ausnehmenden Rolle, die Sozialisten zu bekämpfen, zurücktreten mußte. Folgende Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heute, den 28. April, im Gosenschlößchen in Plagwitz tagende Volksversammlung erklärt sich mit dem von den sozialistischen Reichstagsabgeordneten im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf, betr. die theilweise Abänderung der Gewerbeordnung in allen Punkten einverstanden."

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 22. März erhalten:

Goldberg v. N. N. M. 2,65; Lindenau d. J. Bochmann 15,00; Thonberg d. G. Wittig 10,00; Eßlingen v. Tuchmacher Brauer 1,50; Ronsdorf aus Hückeswagen d. Wilke 7,35; Braunschweig d. die Exped. d. „Br. Volksfr." letzte Rate 7,75; Barmen Liste 4277 d. M. 11,00; Harzburg d. H. Brenstedt 10,00; Goldlauter Liste 2238 1,00; Kalau Liste 4306 1,00; Klein-Steinheim d. P. A. Herbert 1,65; Erfurt Liste 4289 3,71; Glauchau d. Schwerdtner 25,97 und 7,95; Lechhausen d. Lichtensteiger 0,40; Klein-Auheim d. M. Gunkel 10,00; Einsiedel Liste 2712 d. Müller 3,30; Minden i. W. Liste 4264 1,82; Baden-Baden d. A. Langer 0,50; Junkerken v. G. L. 25,00.

Aus Hamburg: M. 1,50 Liste 242 d. Witt; 3,00 Liste 4654 d. Seeger; 6,40 v. C. Krull; 3,00 v. H. B.; 6,10 v. Fr.; 16,19 Liste 29 d. G. Gerner; 4,50 d. F. Lübbert; 15,10 Liste 4630 auf Koop's Bau; 7,10 Liste 4571 d. Schulz; 0,50 Liste 4574 d. W. K.; 20,75 Gewinnantheil von der Sickingen-Aufführung d. H. Weber-Gordon.

Für Gemaßregelte habe ich erhalten (darunter auch die Unterstützungsgelder für die Essener Genossen):

Lindenau d. J. Bochmann 15,00; Groitzsch d. G. Reichelt 2,00; Pegau d. J. G. Weiß 0,80; Ottensen d. Kuss v. Nölting's Cig.-Fabr. 10,00; Hanau d. M. Daßbach 16,20; Altona v. Cig.-Arb. Richard 1,00; do. v. Schnell's Schneiderwerkstelle 2,50; Glauchau d. Schwerdtner 5,13; Geesthacht d. U. Menke 3,00; Leipzig v. J. R. d. Hadlich 100,00; Berlin vom Personal d. A. d. A.-B. 15,00; do. v Arb. bei Löwe u. Co. 2,10; Bockenheim d. G. Müller 10,00; Bremerhafen Unterhaltung am 18. März 3,05; Lübeck d. F. Steffen (Heyer) 13,75; Königsberg d. Borowski 12,00; Frankfurt a. M. v. L. B. 5,00; Groitzsch d. G. Reichelt 3,00; Bautzen v. Schild 3,00; Mainz v. J. Best 1,90; Kiel Vers. vom 18. April d. Starck 34,80; Kellinghusen d. H. Behn 6,00; Lechhausen v. Parteigenossen d. A. Lichtensteiger 5,00; München v. Hüll u. Fürmkäse 10,00; Barmen v. Arbeitern d. Knopffabrik E. H. durch B. 21,00; do. v. Barmer Arbeitern d. A. S. 16,00; do. v. Püttmann's Fabrik 31,25; Cöln v. Ungenannt 5,00; Lauenburg d. G. Rasch 4,20; Landshut d. Tischler W. Hirschauer 5,50; Schmölln d. J. Martin 3,13; Leipzig d. Hadlich 13,18; do. v. Arb.-Bild.-Ver. d. L. Witt 30,30; do. v. Abendunterhalt. am 18. März 17,20; do. v. Turnern des Arb.-Bild.-Ver. 2,50; Würzburg d. Lampert 11,50; Hohenfelde-Burgfelde v. Ball d. Harten 17,33; Wilhelmshafen Liste 134 u. 135 d. H. Matthies 6,00; Großbruch d. W. Gries 6,00; Fulda d. H. Fuchs 9,00; Magdeburg d. C. Petig 3,00; Gartenfeld d. J. Müller 5,00; Nürnberg d. C. Grillenberger 37,40; Augsburg d. J. Endres v. Weißgerbern 2,40; do. v. M. 4,00; do. v. J. E. 0,60; do. v. B. 1,00; Junkerken v. G. L. 25,00; Bremen d. J. Rohwer 14,10.

Aus Hamburg: M. 6,00 v. Justus' Cig.-Fab., Zollvereins-Niederlage; 6,00 v. Ernst Hänschen, Schneiderwerkstelle; 11,00 d. Striegan aus der Maschinenfabrik v. Boldt u. Vogel; 25,20 v. den Bauarbeitern am Irrenhaus d. Kluge; 6,00 d. Kaiser v. der „Lassallea", Hamburg; 3,00 v. J. Fischer; 10,90 d. W. G. Nagel, v. Geburtstagsfest Lassalle's; 2,00 d. Colp. Schultz v. M.; 8,00 v. Wrieth's Cigarren-Fab.; 4,00 v. C. Reißig's Cig.-Fabr.; 15,10 v. Metalldruckern zu Hamburg d. F. Ebhardt; 15,16 v. Vergnügungscomité der Schneider; 0,70 v. J. Feltig; 1,00 v. Familie R.; 6,00 v. Ungenannt d. Hartmann; 3,00 v. H. B.; 5,00 v. Gustav Nagel; 5,00 v. Sylvanus; 20,00 v. Germanisator; 135,05 erste u. zweite Rate des Reingewinns des diesjährigen „Aprilsnarr".

Hamburg, 28. April 1877.

August Geib, Rödingsmarkt 12.

9., 15., 16., 19., 20. und 21. sächsischer Wahlkreis.

Nachdem seit der beendigten Wahlcampagne die Agitation nur wenig betrieben worden, ist es nunmehr an der Zeit, in eine erhöhtere Thätigkeit für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen einzutreten. Zu diesem Zwecke hat sich hier das Agitationscomité neu constituirt, und bittet nunmehr die Genossen um ihre Mitwirkung zur Erzielung einer planmäßigen Agitation. Alle Zuschriften sind zu richten an C. Kluttig, Poststr. 27. Bei Bedarf an Referenten wird um möglichst frühzeitige Mittheilung ersucht.

Chemnitz, 29. April.

Das Agitationscomité: C. Kluttig.

Freunde und Parteigenossen Baden's und der Pfalz.

Laut Beschluß des Arbeitertages am 25. v. M. wurde Mannheim abermals mit der Leitung der Agitation beauftragt. Wollen wir das Errungene erhalten, so müssen wir rastlos weiter arbeiten; ein eifriges Wirken ist uns schon zur Pflicht gemacht, weil dadurch die übrigen auf dem Arbeitertag angenommenen Anträge ihre Erledigung finden werden. Wir müssen deshalb fortfahren, Versammlungen abzuhalten. Zu diesem Zwecke wende man sich an die untenstehende Adresse. — Ferner ersuchen wir die Genossen, uns auch materiell so viel wie möglich zu unterstützen, namentlich wäre ein Beitrag zur Deckung des noch vorhandenen Defizits Ehrensache aller Genossen. Genossen deshalb vorwärts zu weiterem Kampfe!

Briefe 2c. sind zu senden an den Schriftführer Peter Heilinger, H. 4. Nr. 4. — Gelder an den Agitationscomité-Kassirer J. Buttle, J. 5. Nr. 16.

Mannheim, den 17. April.

22. sächsischer Wahlkreis.

Sonntag, den 13. Mai, findet im Saale des „Deutschen Hauses" zu Kirchberg von Nachmittags halb 3 Uhr an eine Conferenz mit folgender Tagesordnung statt: 1) Der Sozialistencongreß und die Vertretung des 22. Wahlkreises auf demselben. 2) Die zukünftige Agitation. 3) Berathung, die Abhaltung eines Central-Arbeiterfestes betr. 4) Umfrage. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es erwünscht, daß von allen Orten des 22. Wahlkreises Vertreter zu dieser Conferenz erscheinen. Am Abend wird wohl auch noch eine öffentliche Volksversammlung stattfinden.

J. A.: Wilh. Schubert.

Briefkasten

der Redaktion. Ehrhardt in Mannheim: Den Schluß Ihres Berichtes werden wir fortlassen, weil er an die Adresse Bebel's gerichtet ist. Wir werden Bebel von den Wünschen seiner dortigen Wähler unterrichten. — W. R. in Halle: Glauben Sie wirklich, daß wir urtheilen, ohne geprüft zu haben? Wir könnten Ihnen zum Beweis des Gegentheils aus dem Gedächtniß Ihre Reflexionen über die Schönheit der Welt, die nur für die Reichen da ist, anführen. Die Gedanken Ihrer „dichterischen Erstgeburt" sind wahr und richtig, aber es fehlt dabei jenes durch Regeln nicht feststellbare Etwas, welches gereimte Worte zu einem Gedichte macht. Da haben Sie in Kürze unsere Meinung. — Sollte ein Leser dieses Blattes die Adresse eines Fran Bruske aus Czerk, Kreis Konitz, wissen, so wird derselbe gebeten, selbige an W. Liesländer, Berlin SO., Oppelnerstr. 20, unfrankirt einzusenden. — Anonymus in Leipzig: Wir sehen der Fortsetzung Ihres Artikels entgegen.

der Expedition. Jöhnk Gaarden: Bchr kostet franco M. 6,00.

Quittung. Fchnr Flensburg Ann. 0,60. Metallarb. Halle Ann. 0,60. Sbrt Niederrad Ab. 20,00. Rpp New-York Ab. 119,58. Rw Altona Ab. 19,00. Gldwz Schellenberg Schr. 4,10. Oßmnn Erfurt Ab. 30,00. W. Crl St. Johann Schr. 17,10. Kch Rtt Ab. 1,71. A. Gb Hamburg Schr. 30,00, Ab. 100,00. Tßmnn Roßla Ab. 4,80. Knzlmann Reutlingen Ab. 2,00. Langnbck Marburg Ab. 5,00. Grße Barmen Schr. 3,10. Krlmrkty hier Ab. 1,20. Bhmr Löbau Ab. 2,30. Mhr Gaarden Schr. 2,70. Lgs Hannover Ann. 2,50, Schr. 0,20. Hhn Bockenheim Ab. 7,80. Trst Kl.-Zschocher Ab. 1,80. Schltr Dresden Ab. 180,93. J. Kbl St. Johann Ab. 61,70. J. Bst Mainz Ab. 50,00. Hllngl Nordhausen Ab. 10,90. A. Brbm Gotha Ab. 20,00.

Herr Adam Fuhr wird um Mittheilung seiner Adresse gebeten.

Steph. Herbig, Würzburg, Körnersgasse 45.

Für die gemaßregelten Krupp'schen Arbeiter in Essen:

Durch W. O. Geringswalde 1,60, von mehreren Pianoforte-Arb. d. Bilsch 2,00.

Anzeigen 2c.

Dessau. Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Sonntag, den 6. Mai: Stiftungsfest, bestehend in Concert, Festrede u. Ball. Karten sind zu haben bei den Agenten Fromm und Räbiger sowie beim Restaurateur Förster. (F. 80) 1,50] Das Festcomité. J. A.: F. Klotz.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonnabend, den 5. Mai, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. Boge, Mittelstraße Nr. 11:

Geschlossene Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Präsidenten und dessen Stellvertreter. 2. Antrag betreffend die Comités und Commissionen. 3. Antrag auf Verlegung des Vereinslokals 2c. (F. 163) [90

Der Präsident.

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß ich zum Mai-Markt ein

Schenkzelt

auf dem Viehmarkt errichten werde.

(F 163) Carl Fink aus Linden. [150

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft. Sonnabend, den 5. Mai, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei J. Menzel: Hauptversammlung. Tagesordnung: 1) Die Stellung des Delegirten auf der Generalversammlung zu Gotha gegenüber den eingelaufenen Anträgen. 2) Diskussion. Es wird auf § 26 der Lokalstatuten aufmerksam gemacht. 25 Pfg. Strafe.

R. Ludwig, Bev. [70

Leipzig. Sonntag, den 6. Mai, in der „Moritzburg" in Gohlis:

Abendunterhaltung der Sänger des Arbeiter-Bildungs-Vereins.

Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Gäste willkommen. [240

Ottensen. Freitag, den 5. Mai, Abends 8½ Uhr, in Burmeister's Salon, 1 Treppe:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Anträge zum Congreß in Gotha.

F. Heerhold. [60

Nachruf.

Am 26. April dies. J. verschied nach nur siebentägigem Krankenlager einer unserer besten und treuesten Kameraden, der Eisengießer **Hermann Hohland**, aus Frankenberg gebürtig, 27 Jahr alt, der zu Königin-Marienhütte in Arbeit gestanden, sich stets als ein tapferes Mitglied des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter bewährt und mit Stolz in den Reihen seiner Leidens- und Kampfesgenossen voranmarschirte. Die hiesige Filiale, in deren Andenken der Dahingeschiedene fortleben wird, spricht daher dieses um so lieber und mit voller Dankbarkeit aus.

Cainsdorf und Bockwa, den 29. April 1877. [3,60

Die Verbandsgenossen.

Lager roher Tabake

von Gebrüder Frenkel.

Hamburg, Neustadt, Juhfentwiete 96.

Wir empfehlen unser gut assortirtes Lager von Rohtabaken, und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß wir neuerdings die Anordnung getroffen, selbst das kleinste Quantum zu versenden und Engros-Preise zu berechnen. (F 160) 3c [270

Neue Welt

Erster Jahrgang, 1876, complett

ist wieder versandtfertig geworden, und wiederholen wir deren Empfehlung als Zierde jeder Bibliothek und besonders geeignet zu Festgeschenken.

Preis: ungebunden 5 M., in elegantem Einbande 7 M. 50 Pf. franco nur gegen baar. Für Porto sind 50 Pf. einzusenden.

Die Einbanddecken tragen in Golddruck das große Titelbild des Heftumschlags, darstellend:

„Die Befreiung der Menschheit".

Diese eleganten Einbanddecken sind à 1,20 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch uns, sowie durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstr. 16, zu beziehen. Bei Partiebezug entsprechender Rabatt. — Es empfiehlt sich bei Einzelbestellung Einsendung des Betrages in Briefmarken.

Leipzig.

Die Expedition der „Neuen Welt".
Färberstr. 12. II.

Es erschien:

Zur Grund- und Bodenfrage

von Wilhelm Liebknecht.

2. vervollständigte Auflage.

Preis per Exemplar 0,75 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.